

**Zeitschrift:** Die Berner Woche  
**Band:** 30 (1940)  
**Heft:** 30  
  
**Rubrik:** Weltwochenschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Weltwochenschau

## Hitlers Friedensangebot

Selten hat ein Staatsmann von einer bessern machtpolitischen Plattform aus zu seinen Feinden gesprochen, als es Hitler in seiner Reichstagsrede vom letzten Samstagabend getan. In 30 Sprachen überseht, und von fast 1000 Sendern verbreitet, wandte sie sich an die gesamte Weltöffentlichkeit, und ihre Propagandawirkung mußte ungeheuer sein, sofern die Rede abgehört wurde. Die Sender in USA stoppten mit der Übertragung, mitten in der Rede ... wie es heißt im Einverständnis mit der Regierung, die der Ansicht sei, Hitlers Ziele und Darlegungen stünden im Widerspruch mit den Zielen der amerikanischen Öffentlichkeit.

So hat denn Amerika die zweite Hälfte der Rede, die außenpolitisch wichtige, nicht angehört ... soviel wenigstens an den amerikanischen Sendern lag. Und das ist auf jeden Fall schade. Denn wenn es jemals eine Gelegenheit gab, die Feinde „ins Gespräch zu bringen“, müßte gerade Amerika versuchen, zwischen Deutschland und England zu treten.

Auch was England betrifft, kann es nichts Trichtereres geben als einer Diskussion auszuweichen. Hitler hat gesagt, was er schon im Oktober sagte: „Ich sehe keinen Grund, der die Fortsetzung des Krieges rechtfertigen würde.“ Das heißt doch nichts anderes, als daß England seinen Frieden haben könnte ... nur kennt man die Bedingungen eines solchen Friedens nicht, und schon aus diplomatischer Klugheit müßte England versuchen, diese Bedingungen kennen zu lernen. Niemand wird bezweifeln, daß Deutschland, gerade das Deutschland Hitlers, sich dem britischen Empire gegenüber anders einzustellen bereit wäre als den kontinentalen Staaten gegenüber. Der „angelsächsische Better“ ist nicht das „vernegerte Frankreich“ oder das „verlaute Polen“, um die Bewertungen zu wiederholen, die so merkwürdig unpolitisch am Grunde der ganzen nationalsozialistischen Politik liegen. Die „Skala der rassistischen Werte“ spielt bei der neuen deutschen Führung durchaus nicht nur die Rolle einer Altrappe. Es ist den Leuten des Rassenmythos ernst, wenn sie den „germanischen Engländer“ höher stellen als die „Keltoromanen“ und „Slaven“.

Daß sich das Dritte Reich jedenfalls vorgenommen hat, die Hegemonie in dem von ihm beherrschten Teil Europas unbefürchtet um die Meinung anderer Mächte, die des verbündeten Italien ausgenommen, auszuüben, zeigt die Einladung an die rumänische Regierung, eine Delegation nach Salzburg zu schicken und dort zu verhandeln über Dinge, die man nicht mehr besonders zu nennen braucht. Eine gleiche Einladung ist auch an die Bulgaren ergangen. Die Rumänen haben Gurgu und Manolescu, zwei entschiedene Parteigänger der Achse, abgeordnet. Es mag sein, daß sie mit ihrer weltanschaulichen Einstellung mehr für ihr Land herausholen, als ihnen die Ungarn zugestehen möchten, d. h. daß sie den Hauptteil Siebenbürgens retten. Aber nicht sie entscheiden, sondern der Schiedsman, den die Achsenmächte bestellen werden.

Dem einen oder andern mag auffallen, daß der beibehaltene Minister des „alten Systems“, Gafencu, gleichzeitig nach Moskau wallfahrtet. Glaubt der König am Ende, durch die Fürsprache der Russen etwas zu erreichen? Jedenfalls nehmen die Achsenmächte auf dem Kontinent höchstens noch auf Moskau Rücksicht.

Daß Deutschland die europäische Hegemonie erstrebt, mag man auch darin sehen, daß die diplomatischen Vertretungen, welche bisher in den besetzten kleinen Staaten,

Norwegen, Holland, Dänemark und Belgien bestanden, auf deutschen Wunsch zurückgezogen wurden. Eines der Attribute staatlicher Souveränität wird also in den genannten Staaten aufgehoben. Ganz gleich ist ja Rußland mit den fremden Vertretungen der baltischen Staaten verfahren, die heute, nach geschehenen „Sowjetwahlen“, durch ihre neuen Volksvertretungen in Moskau um Aufnahme in die Sowjetunion ersuchen.

Wenn sich heute England entschließen könnte, in Berlin um die Bekanntgabe der Friedensbedingungen nachzusehen, würde der Bescheid wohl auf nicht viel anderes lauten als auf das Verlangen nach einer britischen Erklärung, wonach sich Großbritannien am Kontinent desinteressiere. Daneben müßte es Kolonien abtreten.

Angenommen, die Regierung Churchills brauche eine Plattform vor allem auch gegenüber dem eigenen Volke, dann gäbe es keine bessere Basis als den Besitz einer deutschen Zielanlegung. Denn mit der Umschreibung gewisser Ziele könnte nicht nur Churchill, sondern jede britische Regierung den Widerstandswillen der Nation bis zur Weißglut steigern. „Verzicht auf den Kontinent?“ Das hieße die Bildung eines ungeheuren Kontinentalblocks mit über 250 Millionen Menschen gestatten. Dieser Viertelmilliarde gegenüber stünde das kleine Vierzigmillionenvolk Englands. Wer könnte annehmen, es sei imstande, bei einer spätern Auseinandersetzung Widerstand zu leisten? Die Dominions liegen weit in der Welt zerstreut und müßten so verspeist werden, wie die Mutterinsel von Deutschland verspeist würde. Japan nähme Australien, USA Kanada usw.

Die britischen Extremisten, die der deutsche Führer klug vom britischen Volke unterschied, nehmen also an, der „Amputationsfriede“ würde den sichern spätern Untergang bedeuten, und sie wissen, daß der britische Volksinstinkt nichts anderes erwartet. Darum hat sich die Presse Englands von Anfang an ablehnend verhalten. „Wir wissen genau, daß wir schon im Oktober den Frieden hätten haben können ... aber was für ein Friede wäre das gewesen! Wir hätten Polen und die Tschechei preisgeben müssen. Das hieß, die deutsche Vormacht auf dem Kontinent anerkennen und sich stabilisieren lassen. Konnten wir das im Oktober nicht annehmen, wieviel weniger heute, wo Deutschland über den ganzen Kontinent verfügt!“ Daneben wird vor allem das politische und weltanschauliche Moment in den Vordergrund geschoben. Das politisch und gesinnungsmäßig freie Individuum, die freien Völker, die Familie der freien Nationen werden als Ziele genannt, für die England kämpfe. Kein Wunder, daß man die Engländer, wenn sie davon sprechen und schreiben, daran erinnert, wie gleichgültig sie dem Geschehen auf dem Kontinent gegenüberstanden, als sie noch glaubten, die Mächte stünden unter sich im „labilen Gleichgewicht“ und würden sich nie zusammenschließen. Und daß darauf hingewiesen wird, wie gerade von England aus der Nationalsozialismus begünstigt wurde, um den Franzosen das nötige Gegengewicht anzuhängen.

Und kein Wunder, daß auch den „andern Engländern“ drüben überm Ozean ähnliche höhnische Vorwürfe gemacht werden, wenn sie die Fanfare mit noch stärkeren Tönen blasen. Untergang der Zivilisation! Amerika als letzter übrigbleibender Treuhänder dieser Zivilisation! So tönt es vom panamerikanischen Kongreß, der als wichtigsten Antrag die Forderung eines panamerikanischen Mandates über die holländischen und französischen Gebiete West-

in die s zu beraten hat. Und so könnte es an den Kongressen der Republikaner und der Demokraten in USA, die ihre Kandidaten für die kommenden Präsidentschaftswahlen zu nominieren hatten. Amerika ist für die Demokratie, jawohl. Aber ein Mann, der Präsident werden will, hat niemals Aussicht, gewählt zu werden, wenn er nicht feierlich zusagt, das Land vom europäischen Kriege fernzuhalten.

Mit dieser Zusage tritt auch Roosevelt in den Wahlkampf ein, um zum dritten Male Präsident zu werden. Seine Partei hat ihn mit Akklamation als Kandidaten portiert, mit überwältigendem Mehr, und es besteht kaum ein Zweifel, daß er gewählt werden wird. Ob er, der mit seinen Getreuten letzten Endes doch auf die Intervention im britisch-deutschen Kriege hinarbeitet, nach der Wahl versuchen wird, seinen Wählern eine andere Ueberzeugung beizubringen und doch den Krieg aufzunehmen, wissen wir nicht. Jedenfalls könnte eine solche Intervention lange zu spät kommen. Denn nach italienischen Pressestimmen hat Churchill nicht, wie er sagt, Jahre zur Verfügung, um Deutschland zu schlagen. Die Entscheidung könne in Stunden oder Tagen fallen.

Hat also England nur die allervagste Hoffnung auf eine spätere, lange verspätete amerikanische Hilfe, so steht es mit der russischen noch schlechter, wie dies Hitler in seiner Rede andeutete. Jede Hoffnung, Deutschland und Rußland zu entzweien, sagte der Kanzler, ist kindisch. Jede Spekulation, als ob Rußland nur darauf warte, bis Deutschland und Italien sich so richtig in ihren Angriff auf England verbißen hätten, um dann über den Balkan bis an die Dardanellen vorzustoßen, ist also nach der offiziellen deutschen Ansicht das Hirngespinnst von Leuten, die für das britische Spiel hängen und verzweifeln nach Chancen ausschauen, die Churchills Aussichten verbessern würden.

Und Churchill selbst? Und Alt England? Man erwartete am Dienstag die Antwortrede des Premiers vor dem Unterhaus ... und mit der Rede die extremste Ablehnung des deutschen Angebots. Die Italiener freilich wollen wissen, daß Churchill Gegner habe, die verhandeln möchten, und daß zu diesen Gegnern das stumme Volk gehöre, dem nicht einmal mehr die Labour Party ihre Stimme leihe, seit sie sich den Konservativen gefügt. Lloyd George allein verlange eine geheime Sitzung des Unterhauses und wünsche, daß man sich in Berlin nach den Friedensbedingungen erkundige ... Was fürchtet Lloyd George? Und was hofft Churchill, daß er sich so kategorisch ablehnend verhält?

## Japan auf dem Sprung

Der Weizen Japans blüht, und seine Armee und Marine machen die größten Anstrengungen, um den ersten Abschnitt der großen Ernte unter Dach zu bringen, noch bevor die große Erschütterung das britische Empire heimsucht und mit ihm auch die übrigen europäischen Besitzungen in Asien und Ozeanien des wichtigsten Schutzes beraubt. Oder, für den Fall, daß Großbritannien standhielte: Die Ernte in China muß um jeden Preis geborgen werden, damit man sich nachher rasch erholen, die bisherigen Eroberungen konsolidieren und sich so organisieren kann, daß die spätern Auseinandersetzungen mit den angelsächsischen Mächten nicht mehr gefährlich werden können.

Die wichtigsten Fortschritte an der innerchinesischen Front verzeichnet die japanische Angriffsarmee im großen Jangtsebecken westlich der Metropole von Hankau, die fest in der Hand des Eroberers liegt. Tschang, die letzte große Stadt, am Westende der Ebene, ist seit einigen Wochen in japanischen Händen, und alle Gegenangriffe der Chinesen haben nicht vermocht, sie zurück zu erobern. Was weiter im Westen liegt, das Bergland, ist weniger wertvoll als Tschang. Vor allem sind die Verbindungsstraßen, die das noch freie China des Südwestens mit dem Norden verbinden, unter-

bunden; westlich von Tschang geht es nur über schwer gangbare Umwege und Wüstenzonen hinauf nach Schensi und Schansi, die weiterhin Widerstand leisten.

Die Beherrschung der Jangtse-Linie bis an die Gebirgsränder bedeutet eine fast völlige Abriegelung des wichtigsten unbezwungenen Gebietes, in welchem sich Tschang Kai Scheck bisher noch gehalten, vom Norden her. Um diese Abriegelung zu einer regelrechten Belagerung zu machen, blockieren die Japaner neuerdings die letzten noch offenen Häfen zwischen Schanghai und Indochina, durch welche noch amerikanisches und europäisches Material ins Land kam, so Pakhoi.

Das wichtigste Ereignis aber, das man in Japan recht eigentlich als Sieg feiern kann, ist das britisch-japanische Abkommen, das die Materialzufuhr aus britisch Burma für drei Monate stoppt. England, in seiner großen Bedrängnis, hat sich also verpflichtet, Tschang Kai Scheck auf so lange die Grenze zu sperren. Es liefert ihn, falls er sich mit seinen eigenen neuen Industrien nicht helfen kann, der japanischen Materialüberlegenheit aus.

Freilich hat auch Japan den Engländern etwas Wesentliches zugestanden. Es wird sich britischen Bemühungen, zwischen Tokio und der Regierung Tschangs in Tschungking zu vermitteln, nicht verschließen. Man kann aus diesem „Dreimonatsabkommen“ den Schluß ziehen, daß man in London hofft, in drei Monaten selbst Klarheit zu besitzen über die britischen Kriegsaussichten. Hat sich bis dahin die deutsche Seeblockade gegen die Insel als „nicht genügend wirksam“ erwiesen, oder sind ein oder mehrere Landungsversuche der Deutschen gescheitert, oder halten sich die Kriegsschiffe gegen die Bombengeschwader, oder wird das Gleichgewicht in der Luft errungen und besteht Aussicht auf ein späteres Uebergewicht, dann, so rechnen die britischen Politiker, sieht man der ganzen Entwicklung mit Ruhe entgegen. Die Presse der Dominien rechnet auch so, und am deutlichsten gibt diesen Ansichten der südafrikanische, pro-englische Premier Smuts Ausdruck, wenn er sagt: „Wenn der Angriff gegen Großbritannien scheitert, dann ist Hitler verloren und Europa gerettet“. Der Südafrikaner hat unter dem geretteten Europa vor allem natürlich ein gerettetes England vor Augen und überlegt nicht die furchterlichen Konsequenzen, die sich für den Kontinent ergeben, falls nur „der deutsche Angriff scheitert“ und sämtliche Nationen sich nun erst noch auf die ewig ausgedehnte britische Blockade und eine neue Kriegswelle für den Kontinent gefaßt machen müssen.

Aber immerhin, in drei Monaten, so nehmen die Engländer an, seien wir alle im Bilde, ob es gelungen sei, den deutschen Sieg abzubremfen, und ob das britische Empire wieder wagen dürfe, den japanischen Forderungen entgegenzutreten und die Burmagrenze wieder für den nicht besiegten Tschang zu öffnen.

Die japanische Armee wird natürlich bis dahin alle Anstrengungen unternehmen, um den geschwächten Tschang Kai Scheck noch mehr zu schwächen und britischen Vermittlungsvorschlägen gefügig zu machen. Es ist kein besonders gutes Zeichen für den eingeschlossenen „chinesischen Napoleon“, daß sich verschiedene Generale von ihm abgewandt und der neuen, unter Japan amtierenden Gegenregierung angeschlossen haben. Und ebenso schlecht muß die Tatsache gedeutet werden, daß die neue Regierung eigene Truppen ins Feld stellt, die den Japanern Hilfsdienste leisten. Die Meldungen aus Tschungking sprechen in solchen Fällen von „Irregulären“, welche Japan unterstützten. Macht diese Bewegung Fortschritte, dann ist ein Zerfall der innerchinesischen Widerstandsfront nicht unwahrscheinlich, und die „Eroberung Chinas durch Chinesen“ würde sich für Japan als die erfolgreichste Methode erweisen.

Vielleicht ist es schon die erlahmende Kraft gewisser Fronten, die den japanischen Vorkost entlang der Grenze von französisch Indochina ermöglichte; bekanntlich haben die Franzosen noch vor dem „Burmavertrag“ die Grenze



# Die Bundesratswahl

Am 18. Juli hat die vereinigte Bundesversammlung an Stelle des zurückgetretenen Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Obrecht, Nationalrat Dr. Stampfli gewählt. 229 Stimmzettel wurden ausgeteilt; bei einem absoluten Mehr von 109 Stimmen fielen auf Dr. Stampfli 142. Der sozialdemokratische Kandidat Ständerat Went (Basel) vereinigte 51 Stimmen auf sich.



Der scheidende, heute schwer erkrankte Magistrat, Bundesrat Obrecht, aufgenommen vor anderthalb Jahren an einem Kegelabend in der Umgebung von Bern.



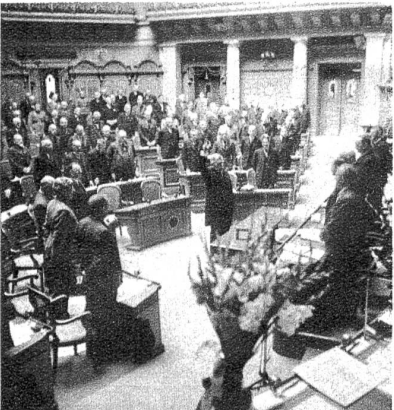
Der neugewählte Bundesrat, Dr. Stampfli, Direktor der von Roll'schen Eisenwerke in Gerlafingen.



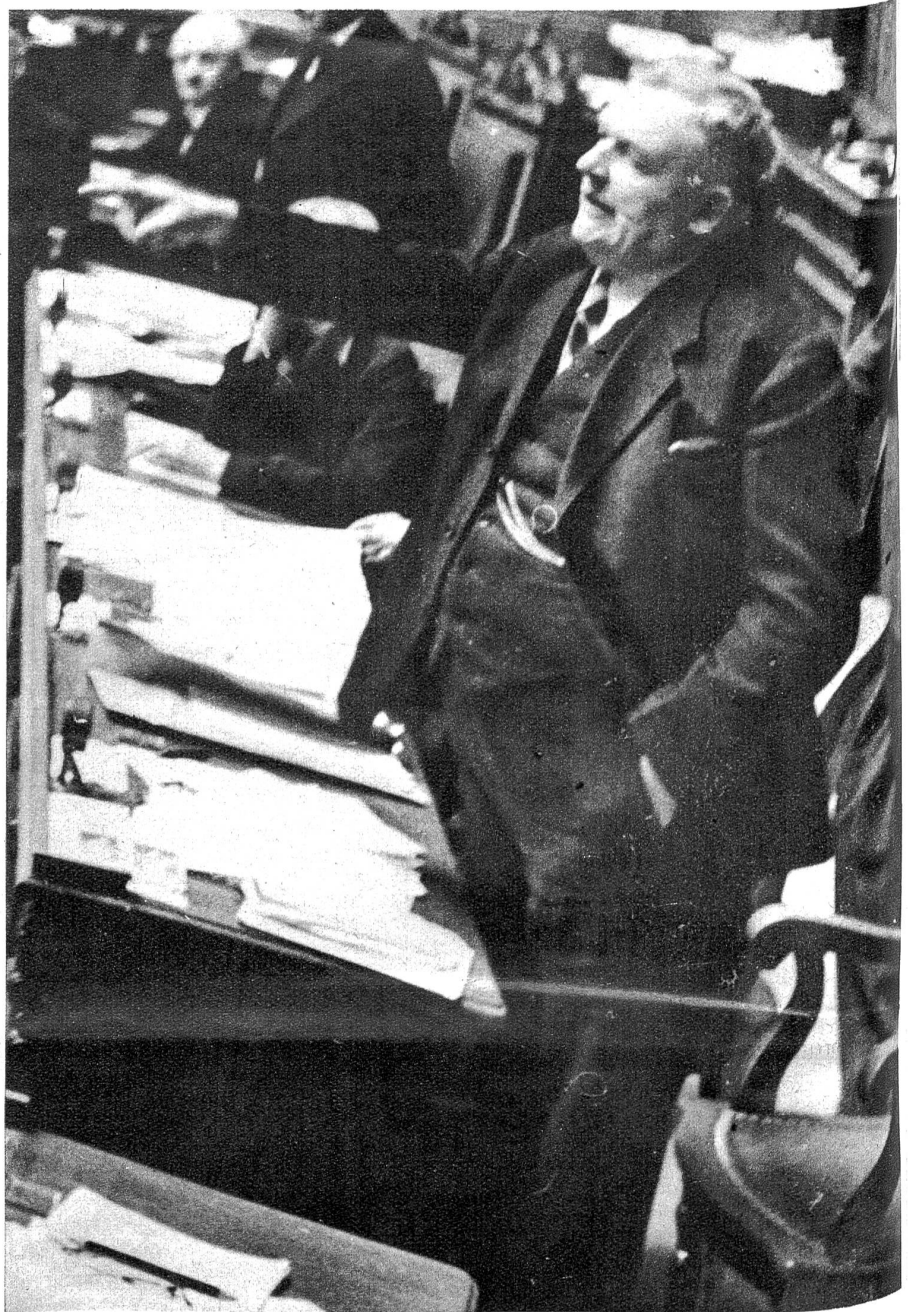
Vor dem Eingang zur Zuschauertribüne drängen sich die Neugierigen, die keinen Einlass gefunden haben



Bundeskanzler Dr. Bovet verliest die Eidesformel . . .



auf die Dr. Stampfli den Schwur leistet.



Dr. Stampfli, ein schlagfertiger Diskussionsredner, auf der Rednertribüne des Nationalrates.

Photo: Paul Senn



Der Bundesrat heisst den neuen Kollegen willkommen.



Der neue Bundesrat wird für eine amerikanische Zeitung fotografiert.



Aktive Helveter gratulieren ihrem „Alten Herrn“ zu seiner Wahl.



Unter dem Jubel der Zuschauer verlässt Dr. Stampfli die Bundesstadt, um sich nach Solothurn zu begeben.



gegen China gesperrt und damit eine unheilvolle Rückwirkung auf die chinesische Moral dieser Gegenden verursacht. Noch ist der Plan, einen Keil vorzutreiben, die ganze gewaltige Grenzstrecke vom Meer bis nach Burma zu besetzen und dann direkt auf Britisch-Indien zu drücken, nicht geglückt, da Dutzende von quer verlaufenden Bergketten den japanischen Vormarsch hemmen. Wenn er aber gelingt, dann wird die Lage des eingeschlossenen Tschang sehr prekär ... und zugleich tippt Japans Finger zum ersten Mal an die Türe des wichtigsten britischen Kolonialgebietes.

Man müßte blind sein, wollte man nicht sehen, wie systematisch die Japaner sich vorarbeiten. Vielleicht sind die militärischen Operationen noch weniger wichtig als die wirtschaftlichen und diplomatischen Anstrengungen, die sich auf das ganze südostasiatische und indonesische Gebiet erstrecken, ja, neuerdings auch die südliche Hemisphäre ergreifen und in Australien anklopfen.

Vor einiger Zeit ist man darauf gestoßen, daß in Siam eine heftige antichinesische Propaganda eingesetzt hat. Den Chinesen, die das gesamte Geschäftsleben des Landes beherrschen, wird vorgeworfen, daß sie ihre Ersparnisse nach China schaffen und so verhindern, daß im Lande ihres Verdienstes Kapital gebildet werde. Die neue national eingestellte Bewegung trägt faschistische Züge und arbeitet durchaus im Sinne Japans, das zunächst die Emanzipation all dieser Gebiete von „fremden Einflüssen“, von europäisch-amerikanischen, in diesem Falle auch von chinesischen, erstrebt, um hernach selbst Führer und Herr zu werden.

Das Zurückweichen der Franzosen und Engländer an den hinterindischen Chinagrenzen wird dem Nimbus der Europäer insgesamt einen neuen Schlag versetzen und die Bildung ähnlicher Bewegungen wie in Siam erleichtern. Die chinesische Geschäftswelt in Java und Sumatra, die dort ebenfalls das Geld in der Hand hat und die Gewinne mit den Niederländern teilt, kann ebenfalls den Vorwand abgeben für politische Aktionen unter den Malayen. Im übrigen zeigt sich die holländische Kolonialverwaltung Japan so willfährig als nur möglich, und die Gefahr, daß man dem Bedränger Chinas die Benzinvorräte und die übrigen wichtigen Rohstoffe sperren und sie den Engländern ausliefern werde, ist für Japan längst vorbei.

Die interessanteste Meldung der letzten Zeit ist die von der Botschaft des neuen japanischen Regierungschefs, Fürst Konoye, an die australische Regierung. Australien wird eingeladen, mit Japan kulturell zusammen zu arbeiten, um eine Verbesserung der internationalen Beziehungen und des Loses der Menschheit zu erzielen. Die Welt sei in zwei Hälften zerspalten. Kulturelles Einvernehmen bedeute den Weg zum dauernden Frieden. Ein Zusammengehen der zwei „dynamischen Länder“ Japan und Australien, ihr Wohlergehen könnte sehr wohl zur Verbesserung der Welt beitragen: „Durch das friedliche Mittel des Rechts und der Wissenschaft“. Wenn ein Riese, der im eigenen Lande bald 70 Millionen auf engstem Raume zählt und halb China besetzt hat, den Zwerg mit den höchstens sieben Millionen auf riesiger Fläche so anspricht, weiß man, wohin er zuletzt zielt. Und wenn man bedenkt, daß Australien den Japanern als Siedlungsgebiet gesperrt ist, weiß man es noch besser. Schon vor Jahren stellte ein Kenner des Ostens in einer großen deutschen Zeitung die Lage so dar, daß Japan zwar in China Fuß fasse, um sich einen Markt und eine große Rohstoffbasis zu schaffen, daß aber ein eigentliches späteres Ziel Australien sei, der fünfte Erdteil, der aus einer Wüste in ein Paradies verwandelt werden und das Vielfache der heutigen japanischen Inselbevölkerung zu fassen vermöge. Die verhältnismäßig schwache Rasse der weißen Rasse, die dort unten siedelt, verlockt geradezu, bei nächster Gelegenheit den großen Sprung zu tun ...

## „Arbeit um jeden Preis“

Um dieses Thema geht seit Wochen die Unterhaltung der Presse aller schweizerischen Parteien, und die bundesrätliche Parole erlebt die mannigfachsten Auslegungen. Angefangen bei jener, die der Ansicht ist, die Unterbringung der arbeitslosen Demobilisierten in Arbeitsdetachementen genüge und koste so wieso schon genug, bis zur gegenteiligen, die für jeden Wehrmann und Nichtwehrmann vollbezahlte Stellen verlangt, „koste es Bund und Kantone was es wolle“, gibt es die mannigfachsten Varianten. Dabei spielt natürlich die finanzielle Situation, in welcher sich die öffentlichen Gemeinwesen schon sowieso befinden, eine wichtige Rolle. Und es fehlt nicht an gewichtigen Stimmen, die von Anfang an vor der Meinung warnten, Bund und Kantone müßten nun alles tun, und der Private könne still sitzen bleiben. Im Gegenteil, so wird den Privaten gesagt: Wenn ihr Häuser zu erneuern habt, dann laßt die Arbeit jetzt tun, und wenn ihr irgendwelche Arbeit an das Gewerbe zu vergeben habt, so laßt es jetzt geschehen. Später, wenn die Wirtschaft wieder läuft, könnt ihr ja wieder zurückhalten und sparen.

Dieser Appell an die Freiwilligkeit und die wohlmeinende Einsicht des Einzelnen, sein Geld zur Arbeitsbeschaffung auszugeben, ist eines demokratischen Volkes durchaus würdig, und man kann sich ausrechnen, daß zuletzt die vielen kleinen und großen Aufträge privater Art mehr ausmachen als alles, was die Gemeinwesen mit ihren Steuergeldern und Pumpschulden zusammen zustande bringen. Nur müßte man sicher sein, daß die Privaten auch alle wie ein Mann aufstehen, ihre Portemonnaies öffnen und sich vornehmen, ein Dachschild erneuern oder einen Kaminhut ersetzen zu lassen, oder eine neue Dachrinne oder Vorfenster anzuschaffen, trotzdem es normalerweise „noch gut anders ginge“.

Der tief gefressene Zweifel, der namentlich auf der Linken gegen das Prinzip des „Freiwilligenappells“ in der Wirtschaft besteht, löst heftige Reaktionen aus und weckt die ironische Frage, wie denn die „neuen Wege“ gemeint seien, die in der bundesrätlichen Botschaft verheißen wurden. Die alten, das sagte doch der Bundesrat ebenfalls, seien ja nicht mehr gangbar, und der „alte Weg par excellence“ sei eben gerade das „Gehelassen“, der blinde Glaube, alles werde gut kommen, wenn man nur den freien Bürger so wirtschaften lasse, wie es ihm gefalle. Ob man sich einbilde, es werde sich auch nur eine Minderheit aus patriotischen Gründen dazu hergeben, einen Gartenzaun streichen zu lassen, der noch ungestrichen bleiben könne? Die ernste Zeit verhindert, daß sich die ironischen Auslassungen mit der Heftigkeit früherer Jahre austoben.

Und im übrigen nehmen die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Kantone und Gemeinden, vorab der großen Stadtgemeinden, solchen Kritiken den sachlichen Vorwand. Es wird gewaltige Aufträge geben, und jene, die daran verdienen, werden bessere Steuerzahler werden, als sie es ohne öffentliche Arbeitsvergebung wären ... auf diese Weise bekommen Kantone und Gemeinden einen Teil ihrer Aufwendungen wieder herein ... zum andern Türchen. Was uns fehlt, ist der „wissenschaftlich statistische“ Nachweis, wieviel Zuwachs an Steuern die öffentliche Arbeitsbeschaffung „erzeugt“, verglichen mit einer Wirtschaft ohne solche „Ankurbelung“. Man müßte jeden Unternehmer, jeden Materiallieferanten, jeden beschäftigten (oder eben im andern Fall nicht beschäftigten) Arbeiter einschätzen ... mit oder ohne staatlichen oder kommunalen Auftrag.

Eine Sorge bildet die schweizerische Währung, die natürlich unter einer allzuschweren Belastung der öffentlichen Budgets leiden könnte, wie die Fachleute befürchten. Der bernische Regierungspräsident Grimm hat im Kreise seiner Basler Parteigenossen eine „Inlandwährung“, einen „Arbeitsfranken“, vorgeschlagen, der vom „Auslandsfranken“, der „auswärtigen Währung“ zu trennen wäre. Man sieht, es wird fleißig nachgedacht!

—an—